

It won't be like last time: Trumps Wahlsieg und seine Folgen

Donald Trump wird seine Präsidentschaft im Unterschied zu 2017 besser vorbereitet und mit größerem innenpolitischen Rückhalt antreten und seine Agenda rücksichtsloser durchsetzen. Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den USA – und die regelbasierte internationale Ordnung – verheißt das nichts Gutes. *Von Florian Böller*



Bereits in seiner ersten Amtszeit attackierte Donald Trump demokratische Verfahren, stellte die Legitimität zentraler staatlicher Institutionen infrage und diskreditierte politische Gegner. Trumps Rhetorik bediente sich des populistischen Narrativs, wonach nur er selbst der wahre Repräsentant des Volkes sei und dieses vor einer korrupten Elite schützen müsse. Diese Rhetorik erwies sich als brandgefährlich für die US-Demokratie und gipfelte in den gewalttätigen Auseinandersetzungen vom 6. Januar 2021. Wer glaubte, Trump habe

sich mit seiner Rolle im Vorfeld dieser Ereignisse endgültig ins politische Abseits manövriert, sah sich schnell getäuscht. Trump blieb nicht nur innerhalb seiner Anhängerschaft äußerst populär, auch innerhalb der Republikanischen Partei konnte er jegliche Opposition überwinden. Bei der Wahl im November 2024 setzte sich der republikanische Kandidat dann deutlich durch. Die Ursachen für diesen Wahlsieg sind vielschichtig. Klar ist allerdings, dass die Wählerinnen und Wähler insgesamt unzufrieden mit der wirtschaftlichen Entwicklung

des Landes waren und Trump eine Verbesserung eher zutrauen als Kamala Harris, die als Vizepräsidentin Teil der unpopulären Administration von Joe Biden war.

Nach diesem Wahlsieg unterscheidet sich die Ausgangslage für Trump in mehrfacher Hinsicht von dessen erster Amtszeit. Erstmals seit George W. Bush 2004 gelang es einem Republikaner, die Popular Vote zu gewinnen. Trump verfügt über ein klares Mandat der Wählerschaft, die sich offensichtlich weder von Misserfolgen während seiner ersten Präsidentschaft (etwa dem Management der Pandemie) noch von seinen anti-demokratischen Aussagen („dictator for one day“) hat abschrecken lassen. Im Senat, der außenpolitisch einflussreicheren Kammer, verfügen die Republikaner nun über eine deutlichere Mehrheit im Vergleich zu 2017. Zudem fehlen innerparteiliche Kritiker Trumps im Kongress fast völlig, während diese in seiner ersten Amtszeit noch eine Reihe kontroverser Vorhaben, wie etwa die Abschaffung der Gesundheitsreform Obamas oder die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland, verhinderten. Trump und sein Umfeld sind auch besser vorbereitet auf die Übernahme der Amtsgeschäfte am 20. Januar. Mit dem Project 2025 liegt eine detaillierte – wenngleich auch nicht widerspruchsfrei – politische Agenda vor. Trumps Personalvorschläge zeigen, dass er die gestärkte Stellung innerhalb seiner Partei dazu nutzen will, Ämter nach Maßgabe von Loyalität statt fachlicher Kompetenz zu besetzen. Schließlich ist Trumps Stellung auch mit Blick auf den Obersten Gerichtshof der USA gestärkt. Durch drei Richterernennungen konnte Trump in seiner ersten Amtszeit die Ausrichtung des Gerichts langfristig beeinflussen. Diese ultra-konservative Mehrheit stärkte dann 2024 in ihrem wegweisenden Urteil *Trump v. United States* die Macht des Präsidenten, indem sie die präsidentiale Immunität erheblich ausweitete.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass Trump und seine Verbündeten im Kongress ihre Agenda in zentralen Politikfeldern effizienter und rücksichtsloser durchsetzen können. Inwiefern die damit verbundene Richtungsänderung positiv bewertet wird, ist eine Frage des parteipolitischen Standpunkts. Problematisch erscheinen aus rechtsstaatlicher Perspektive vor allem drei Punkte.

Nimmt man erstens Trumps Ankündigungen im Wahlkampf ernst, dann ist zu befürchten, dass seine Administration das Justizministerium zur Verfolgung politischer Gegner instrumentalisieren wird. Teil des Plans im Sinne des lang gehegten Ziels „to drain the swamp“ ist auch der Austausch eines erheblichen Teils der Mitarbeiterschaft in Ministerien und Bundesbehörden. Diese Strategie bliebe zwar nicht ohne Gegenwehr der Zivilgesellschaft und vor Gerichten. Sie würde aber in jedem Fall zu einer Delegitimierung des Justizsystems führen und die Funktionsfähigkeit des Staats gefährden.

Zweitens könnte Trump versuchen, die traditionellen Checks and Balances schrittweise auszuhöhlen. Deren Funktionsfähigkeit beruht darauf, dass die Akteure der anderen Gewalten

(insbesondere im Kongress) den Willen aufbringen, den Präsidenten in die Schranken zu weisen. Ob diese Bereitschaft zur institutionellen Selbstbehauptung noch hinreichend vorhanden ist, bleibt abzuwarten. Zweifel sind angesichts der Dominanz Trumps innerhalb seiner Partei und der vorhandenen Polarisierung jedoch angebracht. Erste Hinweise deuten darauf hin, dass der gewählte Präsident die Legislative in zentralen Bereichen umgehen will, etwa im Rahmen der Personalbesetzung durch Recess Appointments, Regieren per Executive Orders (ein bereits vor Trump festzustellender Trend) oder durch Umgehung beziehungsweise Abschaffung des Filibuster, der eine Dreifünftelmehrheit im Senat für wichtige Gesetzesvorhaben erfordert. All diese Pläne verlangen jedoch eine Selbstunterordnung durch die Mehrheit im Kongress.

Der dritte Aspekt bezieht sich auf die Außen- und Sicherheitspolitik. Auch hier ist größere Rücksichtslosigkeit als noch in der ersten Amtszeit zu erwarten. Die Auswirkungen für die transatlantischen Partner wären in der Handels- und Sicherheitspolitik erheblich. America First bedeutet dabei keinen Isolationismus, sondern die Abkehr von einer regelbasierten Weltordnung, die nicht zuletzt durch das Völkerrecht strukturiert wird. Trump hat kein Interesse an dieser Ordnung. Seine Politik war insbesondere durch den Austritt aus Abkommen und die Stärkung nationaler Handlungsfreiheit und damit der Loslösung von völkerrechtlichen Schranken gekennzeichnet. Zu den Vorhaben, die auch in Trumps zweiter Amtszeit ihre Fortsetzung finden könnten, zählt etwa die Anerkennung der Annexion der Golan-Höhen durch Israel. In der Asylpolitik – einem Kernanliegen Trumps – droht die massenhafte „Deportation“ von Migranten ohne offizielle Papiere und damit die Verletzung völkerrechtlicher Normen wie die der Genfer Flüchtlingskonvention. In der Handelspolitik würden Trumps Pläne mit hoher Wahrscheinlichkeit bestehende Konflikte verstärken, die vom Streitbeilegungssystem auf Ebene der Welthandelsorganisation kaum bewältigt werden könnten.

Die hier skizzierten Folgen unterstreichen, dass die Herausforderung der kommenden Trump-Präsidentschaft im Vergleich zu den Erfahrungen von 2017 bis 2021 ungleich größer ist. Das liegt nicht nur an innenpolitischen Faktoren. Auch die Weltlage hat sich maßgeblich verändert. Der Machtzuwachs autoritärer Regime wie China und Russland und deren aggressive Außenpolitik (insbesondere der Krieg gegen die Ukraine) offenbaren die Verletzlichkeit von Demokratien. Hinzu kommt nun, dass die USA unter Trump demokratische und rechtsstaatliche Normen aus dem Zentrum westlicher Systeme heraus untergraben.



PD Dr. Florian Böller
ist Senior Lecturer
Political Science am
Heidelberg Center for
American Studies der
Universität Heidelberg.